Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 51 — München, 16. Dezember 1932 — 19. Jahrgang

Nach vierzehn Jahren

Zu den Ereignissen in Lemberg

Aus Lemberg kamen in den letzten Wochen wieder Entsetzensnachrichten. Im Anschluß an einen bedauerlichen Vorfall der Lemberger Unterwelt, in der ein polnischer Student in Gesellschaft von Halbweltdamen im Streit mit jüdischen Bäckergesellen geraten war und erstochen wurde, entwickelte sich in der furchtbar gespannten Atmosphäre zwischen den einzelnen in Ostgalizien lebenden Nationalen, Polen, Juden und Ukrainern, Unruhen, die fast eine ganze Woche dauerten und in deren Verlauf ungefähr 500 Juden schwer oder leicht verletzt und zahlreiche jüdische Geschäfte geplündert wurden. Lemberg ist ein alter Pogromboden, unvergeßlich ist im Gedächtnis der jüdischen Welt die Schreckenszeit des November 1918 geblieben, als nach beendetem Weltkrieg Polen und Ukrainer aneinander gerieten und im Zuge dieser kriegerischen Auseinandersetzungen im Lemberger Judenviertel in einem der schrecklichen Judenpogrome der letzten Jahre die polnische Unabhängigkeit aus dem Blute viehisch niedergemetzelter jüdischer Menschen gehoben wurde. Seit jenen grauenvollen Tagen sind vierzehn Jahre ins Land gezogen und in den letzten Novembertagen des Jahres 1932 wiederholte sich ein ähnliches Schauspiel in Lemberg wie nach dem Abschluß des Weltkrieges, nur daß diesmal glücklicherweise auf jüdischer Seite keine Hekatombe jüdischer Toter gefallen ist.

In den abgelaufenen vierzehn Jahren hat die polnische Judenheit eine weite Entwicklung zurückgelegt. Sie hat unter schwersten Kämpfen eine innere Wandlung erfahren. Nach dem Abschluß des Weltkrieges war der größte Teil der auf den gegenwärtig polnischen Gebieten wohnhaft gewesenen Juden politisch unreif, national nicht bewußt und führte das Dasein willenloser Werkzeuge in den Händen der regierenden Faktoren, in Galizien der polnisch-österreichischen Bezirkshauptleute, in Polen der russischen Verwaltung und im Posenschen Gebiet der germanisatorischen Tendenzen der hakatistischen Bewegung. Ebenso schwer, wie es dem neuen polnischen Reiche gefallen ist, die verschiedenen polnischen Volksteile der drei Gebiete zu einer Einheit zusammenzuschmelzen, ebenso schwierig war es auch der jüdischen Politik in Polen die Judenheiten der ehemals russischen, österreichischen und deutschen Gebiete auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Auf jüdischer Seite war der naturgegebene Vorkämpfer für die jüdische Einigung die zionistische Bewegung. Diese kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie die zivilisatorisch und auch kulturell verschieden gearteten Judenheiten der drei die polnische Republik bildenden Gebiete vereinigt und in einem langwierigen Erziehungsprozeß zu einem gemeinsamen Bewußtsein gebracht hat. Am leichtesten war diese Aufgabe in Ostgalizien, dessen Hauptstadt Lemberg ist. Ostgalizien ist einer der Unruheherde des alten Österreich gewesen und hat diesen Charakter auch bis heute in der polnischen Republik bewahrt. Die zwei Hauptgegner in jenem Gebiet sind die Ukrainer, die ungefähr 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen und die Polen, welche die dünne Oberschicht der Beamtenschaft und des Großgrundbesitzes darstellen. Zwischen diesen beiden Völkern eingekeilt erkannten die Juden jener Gegend, 12 Prozent der Bevölkerung, schon zur österreichischen Zeit, daß nicht nur die würdigste, sondern auch die politisch vernünftigste Haltung für sie die völlige Loslösung von beiden einander bekämpfenden Nationen ist und daß die Juden am allerklügsten handeln, wenn sie sich jüdisch-national konstituieren und im politischen Kampfe zwischen Polen und Ukrainern Neutralität bewahren. Aus dieser Lagerung der Verhältnisse ergab sich, daß in keinem Gebiete Polens die zionistische Bewegung und der Gedanke der jüdisch-nationalen Selbständigkeit so tiefe Wurzeln schlagen konnte, wie gerade in Ostgalizien.

So haben denn die Juden in Ostgalizien fast in ihrer Totalität durch eine Entwicklung, die nicht nur auf ihr eigenes Bestreben, sondern auf die gegebenen Verhältnisse zurückzuführen ist, einen Zustand erreicht, der von vielen jüdischen Ideologen als der ideale betrachtet wird und als eine Voraussetzung für eine Normalisierung des jüdischen Lebens in der Galuth. Die Juden Ostgaliziens sind nicht nur theoretisch, sondern realiter eine Gruppe von eigenem nationalen Bewußtsein und von volklichem Eigenleben. Das ist ein Zustand, den jüdische Organisationen wie die ehemaligen „Seimisten“ und „Folkisten“ in Rußland als den Idealzustand darstellten, der eine Eingliederung des jüdischen Elementes innerhalb der Völker herbeiführen sollte, und der die Möglichkeit ungestörter, nationaler, von der Umwelt wenig befeindeter Existenz geben sollte. Wie aber sieht in Wirklichkeit die Bilanz dieser Entwicklung aus? Vor vierzehn Jahren hatten wir den blutigen Pogrom vom 21. bis 23. November 1918 und nach vierzehn Jahren kehrt die zweite Auflage jener Geschehnisse wieder, obwohl die Juden sich in dieser Zeit ängst-

lich davor in acht genommen hatten, in den Streit der einzelnen Völker einzugreifen und immer wieder ihre politische Neutralität betont hatten.

In Wahrheit gestattet aber das Leben keine restlose Neutralität und keine wahre Autonomie für eine Minderheit, die innerhalb einer überwiegenden Mehrheit, sei diese einheitlich oder national gemischt, wie in Ostgalizien. Die Annahme, als ob deklarative Haltungen möglich wären, ist abwegig. Politik ist von Wirtschaft nicht zu trennen. Sie ist vielmehr der Überbau über die realen wirtschaftlichen Verhältnisse, und der wahre Urgrund des Judenproblems in Polen und in allen Ländern ist nicht nur kultureller, zivilisatorischer oder politischer sondern vielmehr wirtschaftlicher Art. Ohne eine geschlossene, in einem gewissen Grade sich selbst wirtschaftlich genügende Siedlung, d. h. ohne eine ökonomische Autonomie ist eine politische nur ein Scheingebilde. Darum hat es den Juden in Ostgalizien trotz ihrer richtigen Einsichten und ihres würdigen nationalen Verhaltens wenig genützt, daß sie sich von den polnisch-ukrainischen Streitigkeiten ferngehalten haben. Im Alltagsleben wurden und werden sie von beiden Nationalitäten als Konkurrenten empfunden und bekämpft. Sowohl die aufstrebende polnische, wie die aufstrebende ukrainische Intelligenz erblicken im jüdischen Mittelstand einen gefährlichen Nebenbuhler, den man mit allen Mitteln bekämpfen muß. Zu diesem Zwecke werden besondere Ideologien geschaffen, und die Juden werden alsdann im Namen dieser „erhabenen" Ideologie überfallen und verprügelt und ihre Geschäfte geplündert. Auffallend ist, daß bei allen von polnischer Seite ausgehenden antijüdischen Ausschreitungen die Ukrainer Gewehr bei Fuß stehen, und daß die polnische Gesellschaft mit Schmunzeln und einem Gefühl der inneren Befriedigung ruhig zusieht, wenn die ukrainische Boykottbewegung gegen die Juden zahllose jüdische Existenzen zur Strecke bringt.

In Polen und in Ostgalizien werden schwere Kämpfe zwischen einzelnen polnischen Parteien, bzw. zwischen Polen und Ukrainern ausgetragen. Diese Kämpfe vollziehen sich auf dem Rücken der Juden. In Lemberg richtet sich die Hauptwut der polnischen Nationaldemokratie und ihrer studentischen Avantgarde gegen das Pilsudski-Regime. Außerdem ist die Spannung zwischen Polen und Ukrainern unerträglich. Schwächster Angriffspunkt zur Austragung dieser Differenzen ist das jüdische Element. So sind die Juden in Polen und in Ostgalizien der P r ü g e l k n a b e der einzelnen streitenden Parteien und Völkerschaften. Sie sind es nicht nur in Polen, sondern in der ganzen Welt. Denn genau besehen, ist ja die Rolle der deutschen Juden bei den schweren Auseinandersetzungen in unserem Lande auch keine andere als die eines Prügelknaben im Kampfe der Reaktion gegen die Parteien der Linken.

l. s.

Der Wiener Sieg

W i e n , 6. Dez. Vor 35 Jahren hat Theodor Herzl die Parole ausgegeben: „Erobert die jüdische Gemeinde!" Dieser Wunsch ist heute in der Geburtsstadt des politischen Zionismus in Erfüllung gegangen. Die Wiener Zionisten haben bei den Kultusgemeindewahlen, die am letzten Sonntag stattgefunden haben, die Mehrheit errungen. Ja, es ist sogar eine ganz respektable Mehrheit. Von 26 159 abgegebenen Stimmen entfielen auf die zionistischen Listen 15 002, die vereinigten Assimilanten 10 194 Stimmen (der Rest entfällt auf Splittergruppen). Von 36 Mandaten eroberten die Zionisten 21, die Assimilanten 15.

Diesem großen zionistischen Sieg, so freudig er an sich ist, soll hier auch ein wenig analytisch auf den Grund gegangen werden, weil er zweifellos auch lehrreich werden kann. Verschiedene Umstände haben ihn herbeigeführt und wollen gewertet werden. Zum ersten wars ein negativer Anstoß. Es war eine große Dummheit des Gegners, das unnatürliche Bündnis mit den Sozialdemokraten anzugeben. Die bisher führenden Juden der „Union österreichischer Juden", diese durchaus dem Bürgertum, den „besseren Kreisen" angehörenden, auf ihr echtes Wienertum pochenden Menschen, welche in der schon lange nicht mehr Kultusangelegenheiten allein gewidmeten Gemeinde jeden frischen Luftzug scheuten, fürchteten mit Recht das Gefecht mit den Zionisten, welche die Umgestaltung der Kultusgemeinde in eine Volksgemeinde anstreben. Und so gingen sie in dieser Verlegenheit die Bruderschaft mit den Sozialdemokraten, den sogenannten „Werktätigen Juden" ein. Dies mußte genügen, um sie bei vielen Kreisen, selbst bei politisch nicht besonders scharf denkenden Kreisen, um ihren Kredit zu bringen; ebenso vermochten aber auch die „Werktätigen Juden", ansonsten ganz orthodoxe Sozialdemokraten, niemandem einzureden, daß sie sich mit diesem Bündnis nicht der Plutokratie verschrieben. Ja, sogar die „Arbeiterzeitung" fand es für notwendig, für die „Partei" jede Protektion für irgendeine sozialistische Kandidatur in die Kultusgemeinde in Abrede zu stellen, obschon ein Dementi der Tatsache, daß das berüchtigte Bündnis im Büro des Wiener Finanzreferenten Dr. Danneberg ausgekocht worden war, nicht zu erreichen war.

Die Sache der jüdischen Treue hatte schon durch diese Fehler der Gegner einen großen Vorsprung. Dazu kam nun die wichtige positive Tatsache, ohne welche gewiß lange nicht das erreicht worden wäre, was man erreicht hat: die Wahlvereinigung der Allgemeinen Zionisten mit den Revisionisten. Dies förderte einen weiteren wichtigen Faktor: die Begeisterung, der durch Wochen die jüdischen Massen in dem Willen vereinigte, als volles Judentum mit Mehrheit in die jüdische Gemeinde einzuziehen. Es war wie ein Erwachen aus langem Schlummer; Führer und Volk schüttelten die Müdigkeit ab, die schon seit langem über der zionistischen Arbeit des Wiener Judentums lag. Auf einmal war alles auf den Beinen, mit einer Freude und Opferwilligkeit, die wahrhaft ideal genannt werden muß. Da sie nun gerufen wurden, waren Tausende von Jugendlichen ganz bei der Sache; aber auch die Erwachsenen arbeiteten eifrig. Die Propagandaführung war erstklassig, der Besuch der Versammlungen, von denen manchen Tag ein Dutzend und mehr fast zu wenig war, um den Zuspruch zu befriedigen, war imposant. Alles war da anläßlich dieser Wahlbewegung, und siehe da: auch Geld, ohne welches bekanntlich keine Schlacht zu gewinnen ist.

Gewiß war aber das Hauptmotiv des Sieges der allgemeine überaus starke Wille der selbstbewußten Judenschaft, eine zionistische Mehrheit in der Wiener jüdischen Gemeinde herbeizuführen. Dieses Streben beherrschte alle sonst getrennt marschierenden Gruppen in gleichem Maße und alle legten eine gleichmäßige Begeisterung an den Tag.

Sie ist belohnt worden. Der Sieg ist errungen. Nun hat die Arbeit zu folgen. Kein geringer Aufgabenkreis erwartet die Wiener Kultusgemeinde mit zionistischer Mehrheit. Das zionistische Programm verpflichtet. Es wird nötig sein, alle Kräfte zusammenzunehmen, die Begeisterung der Wahlzeiten zu erhalten und wohl auch die Einheit unter den Zionisten. Was für die Wahl nötig war, wird bei der realen Arbeit nicht weniger nötig sein . . .

Erklärungen Arlosoroffs und Senators

Gegen Verleumdungen der Exekutive

Dr. Chaim Arlosoroff, der politische Dezernent der Palästina-Exekutive, veröffentlicht folgende Erklärung:

„Der Warschauer ‚Moment', Nr. 265, enthält einen von Berlow gezeichneten Artikel zur Frage des Legislative Council, der die Andeutung enthält, der High Commissioner habe, bevor er nach Genf ging, von mir die Zusicherung erhalten, daß sich die Exekutive dem Plan des Legislative Council nicht widersetzen werde. Der Artikelschreiber behauptet, ich hätte eine solche Erklärung als Entgelt für Zertifikate und andere praktische Vorteile gegeben und er stützt diese seine Behauptung durch den Hinweis auf ein ähnliches Versprechen, das angeblich von mir in Betreff der Einkommensteuer gegeben worden sei.

Es ist dies eine sehr einfache Methode, eine Unwahrheit durch eine andere zu stützen. Die von mir in der Plenarsitzung des Waad Leumi vorgelegten Dokumente haben über jeden Zweifel hinaus die Falschheit der Behauptung dargetan, daß die Exekutive sich mit der Einführung der Einkommensteuer in Palästina einverstanden erklärt hätte. Aus den Dokumenten geht hervor, daß die Exekutive sich in dieser Hinsicht absolut freie Hand gelassen habe und daß ich von Anfang an sowohl dem High Commissioner wie dem Schatzmeister unmißverständlich erklärt hatte, daß die Exekutive in dieser Sache keine Stellung nehmen werde, bis nicht alle jüdischen Interessenten gehört worden sind.

Zur Frage des Legislative Council erkläre ich hierdurch, daß die erwähnte Behauptung im ‚Moment' und ähnliche anderswo veröffentlichte Darstellungen glatte Unwahrheiten sind. Ich bedauere es, daß Rücksichten auf die politische Arbeit es mir nicht erlauben, alle Dokumente und Tatsachen der Öffentlichkeit bekanntzugeben, um auf diese Weise Verleumder zum Schweigen zu bringen, deren böswillige mit falscher Darstellung arbeitende Kampagne das Ziel verfolgt, die zionistische Politik zu stören, deren ergebene Befürworter sie zu sein behaupten. Der Politischen Kommission des Kongresses wird die Wahrheit nicht vorenthalten bleiben. Inzwischen aber sollte es allen denkenden Zionisten klar sein, daß eine solche mit Unwahrheit arbeitende Publizistik Teil eines Feldzuges wohlüberlegter Verleumdung und Schmähung gegen die zionistische Arbeiterschaft und ihre Wortführer ist, der darum so giftig und rücksichtslos geführt wird, weil die politische Vertretung in der Exekutive gegenwärtig einem Mitglied der Arbeiterpartei anvertraut ist."

Dr. Werner Senator hat, bevor er sich auf seine Europareise begab, dem JTA.-Vertreter gegenüber u. a. erklärt:

Der Führer des Misrachi, Rabbi Meir Berlin, hat sich in einer öffentlichen Ansprache in London mit der inneren Lage der Exekutive befaßt und u. a. erklärt, daß in Fragen der Einwanderung gewisse Mitglieder der Exekutive sich anscheinend geneigt zeigen, den Maßnahmen der Regierung mehr Verständnis entgegenzubringen als den Bedürfnissen des jüdischen Volkes. Es ist nicht schwer, die Quelle zu erraten, aus der der Führer des Misrachi sein Wissen geschöpft hat; jedenfalls ist es ein böses Zeichen, wenn Führer der zionistischen Bewegung den Versuch unternehmen, einen Teil der Exekutive in den Augen des jüdischen Volkes zu diffamieren. In Wirklichkeit hat die Exekutive bei verschiedenen Anlässen der Regierung in unmißverständlicher Weise erklärt, daß das gegenwärtige System der Einwanderungsregelung ernste Nachteile mit sich bringt. So lange aber das jetzige Gesetz besteht, ist die Jewish Agency gezwungen, mit ihm zu rechnen. Es war von je unsere Praxis, der Regierung eine gut fundierte Darstellung unserer Situation zu geben, wobei wir unsere Vorschläge auf detaillierte Untersuchungen gründeten. Die kürzlich als Ergebnis dieser Methode erlangten Zugeständnisse scheinen das angewandte Verfahren zu rechtfertigen. Nie dürfen wir Vorschläge zu rein propagandistischen Zwecken ohne reale Grundlage machen; solche Methoden würden unsere Position gegenüber der Regierung untergraben und sich zum Schaden der jüdischen Einwanderung auswirken.

Ich sehe mich genötigt, der Meinung Rabbi Berlins, daß der Misrachi für die Taten der Exekutive nicht verantwortlich gemacht werden könne, entschieden entgegenzutreten. Der Misrachi ist in der Exekutive vertreten und hat Teil an der Verantwortung; der Misrachi-Führer, Herr Farbstein, hat neben der Leitung des Departements für Mittelstandssiedlung nun auch die Leitung des Schatzamtes übernommen, er trägt gemeinsam mit seinen Kollegen im Schatzamt-Komitee sogar eine besondere Verantwortung für die seit der Londoner A.-C.-Tagung vom August d. J. geführte Finanzpolitik. Natürlich teilen alle Mitglieder der Exekutive diese Verantwortung, und Erklärungen wie die von Rabbi Berlin werden den Misrachi nicht davon befreien, einen Teil der Last zu tragen.

Dr. Werner Senator schloß: Es ist außerordentlich bedauerlich, wenn Parteiführer, von denen man erwarten darf, daß sie in der heutigen schweren Zeit ihr Äußerstes tun, um die Position der Exekutive zu stärken, Erklärungen abgeben, die dazu angetan sind, dem Prestige der Exekutive und ihrer gesamten Arbeit Abbruch zu tun. Dergleichen wird in Zukunft unterbleiben müssen.

Aus der jüdischen Welt

Die Juden bilden 4,3 Prozent der Berliner Gesamtbevölkerung

Berlin, 11. Dezember. (JTA.) Der Berliner Magistrat legt sein Statistisches Jahrbuch für 1932 vor. Ihm ist zu entnehmen, daß Berlin laut Zählung 1932 4 287 000 Einwohner hat, von denen 76 Prozent evangelisch, 10 Prozent katholisch, 4,3 Prozent jüdisch sind, 1,9 Prozent gehören sonstigen Religionsgesellschaften an, während 7,2 Prozent religionslos sind.

Minister Sauckel fordert durch Rundfunk zum Judenboykott auf

Weimar, 9. Dezember. (JTA.) Der thüringische Minister Sauckel hielt im Mitteldeutschen Rundfunk einen Vortrag, in dem er zur Unterstützung der thüringischen Wirtschaft aufforderte. Am Schluß dieses Vortrages forderte er zu einem Boykott der jüdischen Geschäfte dadurch auf, daß er den Kauf von Waren in „christlich-deutschen Geschäften" anempfahl und seine Hörer ermahnte, auch in Warenhäusern nicht zu kaufen.

Einweihung des altneuen Gemeindehauses in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 12. Dezember. (JTA.) Mit einer schlichten Feier wurde am Sonntag, dem 11.

Dezember, das von Grund auf umgestaltete und erweiterte Verwaltungsgebäude der Israelitischen Gemeinde Frankfurt a. M. eingeweiht. In dem geschmackvollen Sitzungssaal der Repräsentanz hatten sich sämtliche Gemeindekörperschaften und viele geladene Gäste eingefunden; die Feier gestaltete sich zu einer großen Huldigung für die „Rothschilds", die den Umbau ermöglicht hatten.

Das neue Gemeindehaus befindet sich im alten Bankgebäude der Rothschilds, also in einem Altfrankfurter Patrizierhause, das nach dem großen Brand in der „Judengasse" (1796) für das aufstrebende Unternehmen gebaut wurde. Es blieb Bankhaus bis 1901; die Erbin, Frau Baronin Edmond de Rothschild in Paris, machte es im Jahre 1912 der Israelitischen Gemeinde zum Geschenk, die es nach dem Kriege als Verwaltungsgebäude in Benutzung nahm.

IV. Bundestag des „Zeire Misrachi" für Deutschland

Hamburg, 8. Dezember. (JTA.) Vom 23. bis 26. Dezember wird in Magdeburg der IV. Bundestag des „Zeire Misrachi" für Deutschland stattfinden. Im Mittelpunkt der Tagung wird die Frage der Fundierung des jüdisch-religiösen Sozialismus stehen, ferner die Frage der Gola-Arbeit, die die besonderen Verpflichtungen eines religiös-zionistischen Sozialismus aufzeigt. Ferner wird ein Bericht über den Poel Hamisrachi in Erez Israel entgegengenommen, sowie die Lage der Hachscharaharbeit im „Zeire Misrachi" erörtert werden. (Anfragen betreffend einer Beteiligung sind an die Zentrale des „Zeire Misrachi" für Deutschland, Hamburg 13, Hallerplatz 14, zu senden.)

Das Breslauer Disziplinarurteil

Berlin, 9. Dezember. (JTA.) Am letzten Sonnabend hat der Senat der Breslauer Universität über neun an den Unruhen beteiligt gewesenen Studenten das „consilium abeundi" (ernstliche Verwarnung, der bei dem geringsten Anlaß die Relegation folgt) gesprochen, in drei Fällen auf einen Verweis, in einem Falle auf Nichtanrechnung des Semesters erkannt. Die Breslauer „Jüdische Zeitung" findet es grotesk, daß unter den mit dem consilium Bestraften sich auch der jüdische Student Goldschmidt befindet, der bei den Unruhen von nationalsozialistischen Studenten aufs erheblichste verletzt — ihm wurde das Nasenbein zertrümmert — und dann in hilflosem Zustande zurückgelassen wurde. Noch eins verdient Erwähnung. Während es nämlich dem einen jüdischen Studenten Goldschmidt erst nach größten Bemühungen möglich war, unter den Professoren überhaupt einen Verteidiger zu finden, sind die Nationalsozialisten von mehreren Professoren verteidigt worden, darunter auch von Professor Wegener, der vor mehreren Jahren als noch ganz junger Dozent auf sozialdemokratische Anregung hin nach Breslau berufen wurde, der überdies eine Frau jüdischer Abstammung hat.

Reichsgesundheitsamt erklärt neuerdings das Schächten als nicht tierquälerisch

Berlin, 12. Dezember. (JTA.) Das Reichsgesundheitsamt, die oberste Veterinärbehörde des Deutschen Reiches, hat anläßlich der Verhandlungen im Strafrechtsausschuß des Reichstages bereits im Februar 1930 durch den Direktor der Veterinärabteilung die Erklärung abgegeben, „daß es unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Forschung, bei objektiver Beurteilung der vorliegenden Äußerungen und aus eigenem Urteil zu dem Ergebnis gekommen sei, daß das Schächten nach jüdisch-religiösem Ritus, wenn es vorschriftsmäßig ausgeführt werde, als Tierquälerei nicht zu erachten sei. Das beziehe sich lediglich auf den Schächtschnitt und das Entbluten. Bei der Vorbereitung zum Schächten könnten allerdings Tierquälereien unterlaufen, gegen die mit allen Mitteln eingeschritten werden müsse." — Aus dem letzten Satz ist inzwischen irrtümlich abgeleitet worden, das Reichsgesundheitsamt habe nur den Schächtschnitt selbst und das darauf folgende Entbluten als nicht tierquälerisch erklärt, wohl aber das vorangehende Niederlegen.

Das Reichsgesundheitsamt wurde vom derzeitigen „Büro für Schächtangelegenheiten" ersucht mitzuteilen, ob die Auslegung obiger Erklärung seines Vertreters im Strafrechtsausschuß zutreffend sei. — Das Reichsgesundheitsamt, dessen Veterinärabteilung von Männern geleitet wird, die aus der Schlachthofpraxis hervorgegangen sind, hat in der letzten Woche als höchste Fachbehörde des Reiches ausdrücklich sowohl den Schächtschnitt und das Entbluten als auch das Niederlegen, d. h. den Schächtungsakt in allen seinen Teilen, als nicht tierquälerisch erklärt.

Noch keine Ruhe in Polen

Wie vom 8. Dezember aus Lemberg telegraphiert wird, ist die Ruhe dort noch nicht eingekehrt. In die Zuschauerräume einiger von Juden besuchter Kinotheater wurden mehrere Stinkbomben geworfen, ebenso in das jüdische Café Rota und in das jüdische Kaufhaus des Sigmund Ihrer. Nationaldemokratische Studenten blockieren die Eingänge zu jüdischen Geschäften und lassen keinen Käufer hinein. Personen, die jüdische Geschäfte besucht haben, werden Zettel auf den Rücken geklebt mit der Aufschrift: „Dieses Schwein kauft bei Juden!" Infolge der Verhaftung der Führer der nationaldemokratischen Jugend hat der nationaldemokratische akademische Verband einen eintägigen Proteststreik für alle Lemberger Hochschulen proklamiert. Die von und nach Lemberg verkehrenden Züge werden jetzt zum Schutze der jüdischen Passagiere von Polizeieskorten begleitet. Auf Interventionen beim Innenminister und beim Minister für Arbeit und sozialen Schutz wurde versichert, daß alles zum Schutz der jüdischen Bevölkerung getan werden solle.

Legislative Council wird nicht geschaffen

Jerusalem, 8. Dezember. (JTA.) In einer im Hauptbüro der Jewish Agency in Jerusalem abgehaltenen Pressekonferenz gaben der Präsident der Jewish Agency Nahum Sokolow und der Leiter des Politischen Departements der Palästina-Exekutive der Jewish Agency Dr. Chaim Arlosoroff Erklärungen ab, die besagen, daß die Zionistische Organisation und die Jewish Agency entschieden gegen den Plan der Schaffung eines Legislative Council für Palästina in der gegenwärtigen Epoche sind. Beide Führer traten den Gerüchten, daß die Jewish Agency bereit sei, in der Frage des Legislative Council ein Kompromiß zu schließen, mit größter Entschiedenheit entgegen. Dr. Arlosoroff führte aus: So lange Juden, Araber und Engländer nicht eine definitive Verständigungsbasis erreicht haben, wird es keinen Legislative Council geben. Die Palästina-Regierung wird es sich noch sehr wohl überlegen, an die Errichtung eines Legislative Council zu schreiten, an dem die Juden nicht teilnehmen wollen.

Um den Arbeitsfrieden in Palästina

Jerusalem, 1. Dezember. (JTA.) In einer von der Allgemeinen Jüdischen Arbeiterföderation Palästinas (Histadruth) veranstalteten Presse-Konferenz zur Behandlung der Frage der Herstellung eines Arbeitsfriedens in Palästina erklärte der Histadruth-Führer Ben Gurion:

Alle Arbeiterkonflikte in Palästina könnten binnen fünf Minuten aus der Welt geschaffen werden, wenn der Verband jüdischer Landwirte und der Verband jüdischer Fabrikanten sich verpflichten würden, in ihren Betrieben nur jüdische Arbeiter zu beschäftigen und sich in Arbeitsfragen der Entscheidung einer nationalen jüdischen Körperschaft als Arbeitsschiedsgericht unterzuordnen. Die Histadruth ihrerseits erklärt sich bereit, Entscheide eines solchen Schiedsgerichts anzuerkennen. Die Histadruth war immer bereit, gemischte Arbeitsnachweise errichten zu helfen, in denen Vertreter der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der nationalen jüdischen Institutionen sitzen sollen. Die Histadruth hat noch im vergangenen Jahre einen offiziellen Beschluß betreffend Verständigung mit den anderen Arbeitergruppen in Palästina zur Vermeidung von Unruhen gefaßt.

Zum Schluß wandte sich Ben Gurion sehr scharf gegen die Arbeiterpolitik der Revisionisten in Palästina und gegen die allgemeine Politik Jabotinskys.

Die heißen Quellen von Tiberias eröffnet

Jerusalem 9. Dezember. (JTA.) Am 8. Dezember wurden die heilkräftigen heißen Quellen von Tiberias nach Beendigung eines Teils der modernen Anlage feierlich der Benutzung übergeben. Dem Weiheakt wohnte der Distriktskommissar Keith Roach bei. Die Konzession zur Ausnutzung der Quellen erhielt eine jüdische Gesellschaft für eine 40jährige Frist. Die Gesellschaft investiert in die Anlagen 55 000 Pfund und hofft, Tiberias zu einem modernen Kurort ähnlich Karlsbad und Wiesbaden auszugestalten und den heißen Quellen den Ruf zu verschaffen, den sie schon in der römischen Zeit genossen.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Gesprochene Zeitung

Chanukka-Festnummer

Die zweite Ausgabe der gesprochenen Zeitung erscheint als Chanukka-Festnummer am Montag, dem 19. Dezember, abends 8.30 Uhr, im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1. Die im Monat November erstmals erschienene Ausgabe hat bei den zahlreich anwesenden Zuhörern größten Anklang gefunden.

Wir laden alle unsere Freunde herzlichst ein.

Einritt frei!

Jungzionistischer Arbeitskreis — Chug Hanoar Hazioni. Siehe Anzeige!

Hebräischer Klub, München

Der verschobene Vortrag von Herrn Dr. Percikowitsch über Agnon findet Dienstag, den 20. Dezember, abends 9 Uhr, in der hebräischen Sprachschule statt. Gäste herzlich willkommen.

Oneg Schabbath München

Samstag, den 17. Dezember, nachmittags 4 Uhr, liest Herr Manfred Sturmann im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, aus seinen Werken über das Thema: „Der Mensch in der Landschaft." Zahlreicher Besuch erwünscht.

Bei dem Abend der hebräischen Sprachkurse am Samstag, dem 10. Dezember, wurden ein Paar Überschuhe, Größe 38, an der Garderobe vertauscht. Wir bitten höflichst, die Schuhe im Büro der Sprachkurse, Herzog-Rudolf-Straße 1, abgeben zu wollen und gegen die richtigen Schuhe einzutauschen, da sonst der Schaden von der Garderobeverwaltung ersetzt werden müßte.

Hebräische Sprachkurse, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Jüdischer Jugendverein, München

Donnerstag, den 22. Dezember, Lessingsaal 8.30 Uhr, Vortrag von Herrn Dr. Hermann Baer über „Schicksale der jungen Generation".

Jüdischer Jugendverein, München

Einen überaus gelungenen Abend veranstaltete der Verein am 24. November unter der Bezeichnung: Kabaret der Jungbühne. Was gebracht wurde, war wirklich moderne schmissige Kleinkunst. Die Texte waren teils den „Songs" von Fritz Rosenthal entnommen, teils von den Mitgliedern der Jungbühne selbst produziert. Den meisten Beifall hatte der Song von der Reklame und das Puppenspiel, letzteres eine politische Parodie, die ein herzliches Gelächter auslöste. — Man kann der strebsamen Jungbühne (Mitwirkende: Jeany Rosenthal, Hanni Neuwirth, Cläre Bernstein, Lisa Hahn, Bruno Silber, Rudi Lewin, Alfred Obermeier) noch viele solche Abende wünschen. -W-

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez

Samstag, den 17. d. M. abends 9 Uhr, findet im blauen Zimmer des Jüd. Jugendheims, Herzog-Rudolf-Straße 1, ein Diskussionsabend statt und zwar wird die Aussprache vom 3. Dezember über einen Artikel des „Globus": Freuds Psychoanalyse und Religion fortgesetzt. Gäste willkommen.

Am vergangenen Samstag sprach Harry Obermayer über „Probleme der Interlinguistik". Das Referat stellte weniger eine Rechtfertigung der künstlichen Sprache dar, als eine Untersuchung der Bedingungen einer „Weltsprache" überhaupt. Die Einführung in das Wesen der Interlinguistik wurde aber ihre Rechtfertigung. Selbst der größte Skeptiker mußte nach dem Referat die Überzeugung gewonnen haben, daß eine Weltsprache nicht mehr philosophische Utopie ist, sondern daß es sich hier um eine durchaus ernst zu nehmende Wissenschaft handle. Dem ersten rein philologischen Teil folgte ein zweiter geschichtlicher Teil. Sehr interessant war es, von den zahlreichen Weltsprachen die bedeutendsten: Volapük, Esperanto, Ido, Medial, Universal, Novial Glott, Latine sine Flexione, und Occidental, auch zu hören. An einem der nächsten Abende wird der Referent über die Lösung des Weltsprachenproblems sprechen.

Israelitische Volksschule, München

Wir machen nochmals auf unsere Chanukka-Schulfeier (Näheres im Anzeigenteil des Blattes) aufmerksam.

Symphoniekonzert des jüdisch. Kommerorchesters

Am 11. Dezember eröffnete das jüdische Kammerorchester die Saison mit einem wohlgelungenen Abend. Dank der hingebenden und strengen Schulung durch den Dirigenten der Vereinigung, Herrn Erk, hat das Orchester weitere glückliche Vervollkommnung erfahren, so daß es an Reinheit und Präzision nichts mehr zu wünschen übrig ließ. Freilich wurde dieses Ziel nur dadurch erreicht, daß auf

die Mitwirkung von Bläsern verzichtet wurde und nur Werke für Streichorchester geboten wurden. Die Aufführung war höchsten Lobes würdig. Mit größter Begeisterung und Liebe gehorchte die junge Schar ihrem Leiter, der es verstand, mit größter Präzision und klarer Stabführung die kontrapunktisch teilweise recht schwierigen Werke in ihrer ganzen Schönheit zu Gehör zu bringen. In dem Concerto grosso von Händel, wie in dem Konzert von Vivaldi fanden auch einige Solisten des Orchesters Gelegenheit, sich im Convertino als tüchtige Instrumentalisten zu bewähren. Der eigentliche Solist des Abends war der bekannte Komponist und Kapellmeister Paul Frankenburger, der das herrliche d-moll-Konzert von Bach technisch und geistig in bewundernswerter Weise meisterte, wobei sich Kapellmeister Erk als ebenso diskreter wie sicherer Begleiter erwies.

Der begeisterte Beifall der Hörerschaft dankte allen Mitwirkenden für den genußreichen Abend, der allen politischen Strömungen zum Trotz bewies, daß jüdische Künstler im Stande sind, die Werke der Großen aller Nationen im Geist ihrer Schöpfer zum Erklingen zu bringen.

Möge das jüd. Kammerorchester auf dem bisher beschrittenen Weg weiter fortschreiten und mögen gute jüdische Bläser (und solche gibt es doch sicher) sich ihm anschließen! F.

1932 Wochenkalender 5693

	Dez.	Kislew	Bemerkungen
Sonntag	18	19	
Montag	19	20	Man beginnt Freitag (23. Dez.) mit dem Anzünden der Chanukkah-Lichter.
Dienstag	20	21	
Mittwoch	21	22	
Donnerst.	22	23	
Freitag	23	24	
Samstag	24	25	Chanukkah 1 שבת א' דחנוכה וישב מברכין החדש הפטרה רני ושמחי (Zach. 2, 14-17. 3, 1-10. 4, 1-7)

Borochow-Jugend

Die Borochow-Jugend München veranstaltet am Donerstag, 22. Dezember, anläßlich ihres einjährigen Bestehens eine Versammlung, die um 20.30 Uhr im jüdischen Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1, beginnt. Ali Fröhlich spricht über das Thema: „Die jüdische Jugend, der Klassenkampf und die nationale Frage." Nach dem Referat findet eine Diskussion statt. Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Aus dem Münchener Bar-Kochba

Bar Kochba Tischtennis

Bar Kochba : I. Tischtennisclub Nürnberg 5 : 4

Der am 4. Dezember in München durchgeführte Wettkampf war ein großer Erfolg für die junge Tischtennisabteilung, die damit ihre Siege fortsetzen konnte. Die Nürnberger stellten eine spielstarke Mannschaft und es gab viele spannende Treffen, bis der knappe Sieg errungen war. Ergebnisse (BK zuerst genannt): Helfeld I:Müller 3/0, Goldstern:Hesselberger 3/2, Spiro:Spear 0/3, Helfeld II:Reichenberger 0/3, Kornhauser:Engel 1/3, Schneuer:Salle 3/2; Helfeld I und II:Hesselberger-Reichenberger 2/0, Goldstern-Spiro:Müller-Engel 2/0, Schneuer-Gröbel:Spear-Salle 0/2.

Bar Kochba gegen Kombinierte Mannschaft

Dieses interessante Freundschaftsspiel findet am Sonntag, 18. Dezember, abends 8.30 Uhr, im Königshof statt. Die Kombinierten setzen sich aus den Spitzenspielern von Neuhausen, Pasing und Jahn zusammen und werden der Bar-Kochba-Mannschaft schwer zu schaffen machen. Wenn wir auch mit einem Siege unserer Mannschaft, die mit Helfeld I, Goldstern, Spiro, Helfeld II, Gersinsky und Schneuer antritt, gegen die Kombinierten (Dietrich, Vrieslander, Hölzl, Schmidt, Lagrange und Dr. Schmitz) rechnen, wird es sicher viele interessante Begegnungen geben, die sportlich hochstehend sind und ein Zuschauen unbedingt lohnend gestalten werden.

A. G.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565, Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15 Meinekestraße 10

Allgemeine Spenden. Familie Monheit kondoliert Familien Davidson-Lewin 1.—, desgl. Familie J.-R. Dr. Straus 2.—, Familie B. Diamand dankt allen Freunden und Bekannten für die anläßlich der Bar-Mizwah ihres Sohnes erwiesenen Aufmerksamkeiten 1.50 = 4.50.

Goldenes Buch ZOG, München. Familie Davidson, Familie Apotheker Hartwig Lewin und Familie Norbert Gittler danken für die ihnen erwiesene Teilnahme anläßlich des Ablebens ihres Vaters 10.—.

Frau Mela Alster anläßlich der 1. Jahrzeit ihres Mannes 3.—.

Verantwortlich für die Redaktion: Isa Emrich, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Pilgersheimerstraße 64, München.